

Initiativen der KPÖ

Gemeinderatssitzung am 18.06.2026

Fragen	
Förderung Arche Noah	Daniela Gamsjäger-Katzensteiner
Barrierefreiheit an Schulen	Philipp Ulrich
Anträge	
Beleuchtung Bezirkssportplätze	Thomas Horst Alic
Unterstützung Grazer Schulen bei der Umsetzung gesundheitsförderlicher Schulbuffets und Automatenangebote	Christopher Fröch
Hitze-Kataster für Grazer Schulen	Christopher Fröch
Graz Gutscheine auch für Bühnen Graz	Christine Braunersreuther
Dringliche Anträge	
Für eine ÖBB-Betriebsführungszentrale in Graz	Thomas Horst Alic

Frage für die Fragestunde (§ 16a GO-GR)

Fraktion:
KPÖ

Datum:
18.06.2026

Antragsteller:in(nen): GR Daniela Gamsjäger-Katzensteiner (KPÖ)

Regierungsmitglied(er): Stadträtin Claudia Schönbacher (KFG)

01_Förderung Arche Noah

Sehr geehrte Frau Stadträtin,

über die von der Arche Noah erwartete Förderung für die Neugestaltung des Außenbereichs wurde in den Medien berichtet. Diese Förderung hätte aus den investiven Mitteln der Stadt finanziert werden können. Für Entnahmen aus dem Investitionsfonds hat die Finanzdirektion für das laufende Jahr drei Einreichtermine bekannt gegeben: 24. März, 28. Juli und 29. September. Die Bewirtschaftung des Investitionsfonds wird seit 2024 so betrieben.

Ein entsprechendes Geschäftsstück wurde jedoch bis zur Meldefrist am 24. März nicht an die Finanzdirektion übermittelt.

Es wird folgende

ANFRAGE

gestellt:

Wieso haben Sie das Investitionsvorhaben für die Arche Noah nicht im März der Finanzdirektion gemeldet, damit ein entsprechendes Gemeinderatsstück eingebracht hätte werden können?

Freigaben / Unterschriften:

GR Daniela Gamsjäger-Katzensteiner (KPÖ)

Frage für die Fragestunde (§ 16a GO-GR)

Fraktion:
KPÖ

Datum:
18.06.2026

Antragsteller:in(nen): GR Philipp Ulrich (KPÖ)

Regierungsmitglied(er): Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA (ÖVP)

02_Barrierefreiheit an Schulen

Die inklusive Bildung von Kindern mit Behinderungen ist ein zentrales Ziel einer modernen und gerechten Gesellschaft. Damit alle Kinder unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen die gleichen Bildungschancen erhalten, müssen Schulen unter anderem barrierefrei gestaltet sein.

In unserer Grazer Inklusionsstrategie findet sich daher auch im Kapitel 6.4.3 das *Handlungsfeld Schule*, in dem festgehalten wird, dass Kindern mit Behinderungen der Besuch jeder (Grund-) Schule in Graz möglich sein soll. Unter anderem ist auch folgendes Umsetzungsziel definiert: *"Individuell notwendige konzeptionelle und physische Unterstützungsstrukturen sind nach individuellem Bedarf überall verfügbar."*

In der Praxis zeigen sich jedoch immer wieder Hindernisse, die den Schulalltag von Kindern mit Behinderungen erschweren. Diese können baulicher Natur sein, etwa fehlende Aufzüge oder unzureichend ausgestattete Sanitäreanlagen, aber auch organisatorische oder kommunikative Barrieren umfassen.

Es wird folgende

ANFRAGE

gestellt:

Wie beurteilst du als Schulerhalter den Umsetzungsstand der Zielsetzungen der Grazer Inklusionsstrategie an den Grazer Schulen?

Freigaben / Unterschriften:

GR Philipp Ulrich (KPÖ)

Selbständiger Antrag (§ 17 GO-GR)

Fraktion:
KPÖ

Antragsteller:in(nen): GR Thomas Horst Alic (KPÖ)

Datum:
18.06.2026

Beleuchtung Bezirkssportplätze

Mit über 300 öffentlichen Sportplätzen liegt Graz deutlich über dem Durchschnitt vergleichbarer europäischer Städte und bietet eine große Vielfalt an frei zugänglichen Sportmöglichkeiten. Diese Sportstätten werden von vielen Grazer:innen vor allem in den Nachmittags- und Abendstunden genutzt, da Schule und Beruf eine Nutzung am Vormittag häufig nicht zulassen. Im Sommer hält auch die Hitze viele Menschen davon ab, tagsüber sportlicher Betätigung nachzugehen, wodurch sich der Sport in die Abendstunden verlagert. In den Wintermonaten schränkt die frühe Dunkelheit, die Nutzungsdauer der Sportplätze ein.

Vielerorts besteht daher der Wunsch, nach einer besseren Beleuchtung der jeweiligen Anlagen, damit diese auch ganzjährig, bei entsprechenden Witterungsverhältnissen, in den Abendstunden genutzt werden können.

Dass eine flächendeckende Ausstattung mit zeit- und dämmerungsgesteuerten, dimmbaren LED-Beleuchtungssystemen aus Rücksichtnahme auf etwaige Anrainer:innen und einzuhaltende Ruhezeiten nicht durchführbar ist, liegt auf der Hand. Bei der Fülle an öffentlichen Sportplätzen in Graz, ist es aber wünschenswert, dass zumindest an ein paar Plätzen die Möglichkeit geschaffen wird, dass Sport auch in den Abendstunden ausgeübt werden kann.

Es wird folgender

ANTRAG

gestellt:

Sportstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, gemeinsam mit den zuständigen Stellen der Stadt Graz zu prüfen, welche Bezirkssportplätze, unter Berücksichtigung der Anrainerinteressen, mit einem energieeffizienten LED-Beleuchtungssystem ausgestattet werden könnten. Nach finanziellen Möglichkeiten sollen die geeigneten Plätze in den kommenden Jahren sukzessive mit den Beleuchtungsanlagen ausgestattet werden.

Freigaben / Unterschriften:

Selbständiger Antrag (§ 17 GO-GR)

Fraktion:
KPÖ

Antragsteller:in(nen): Christopher Fröch, MA, BSc (KPÖ)

Datum:
18.06.2026

Unterstützung Grazer Schulen bei der Umsetzung gesundheitsförderlicher Schulbuffets und Automatenangebote

Kinder und Jugendliche verbringen einen wesentlichen Teil ihres Tages in der Schule. Das dort verfügbare Angebot an Speisen und Getränken beeinflusst daher auch das Ernährungsverhalten und die Gesundheitsförderung im Alltag. Gleichzeitig zeigen Untersuchungen, dass insbesondere das Angebot an Schulbuffets und Automaten vielfach noch Verbesserungspotenzial aufweist.

Für Schulbuffets und Automaten stehen mittlerweile österreichweit einheitliche Empfehlungen und Mindestkriterien zur Verfügung. Ziel dieser Leitlinien ist es, gesundheitsförderliche Angebote zu stärken, ohne die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Betriebe aus den Augen zu verlieren. Dabei wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass erfolgreiche Schulverpflegung nur dann gelingt, wenn Gesundheitsförderung, Akzeptanz bei Schüler:innen und wirtschaftliche Umsetzbarkeit gemeinsam betrachtet werden.

In der Praxis berichten Schulen jedoch immer wieder von Herausforderungen bei der Suche nach geeigneten Buffetbetreiber:innen oder bei der Gestaltung von Automatenangeboten. Gleichzeitig stellen Einnahmen aus Buffet- und Automatenverträgen für manche Standorte einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung schulischer Aktivitäten dar.

Die Stadt Graz ist als Schulerhalterin zwar nicht selbst Betreiberin von Schulbuffets, kann jedoch durch Information, Beratung, Vernetzung und Koordination einen wichtigen Beitrag leisten. Besonders sinnvoll erscheint dabei die Nutzung bereits bestehender Angebote wie des steirischen Beratungsprogramms „GEMEINSAM G'SUND GENIESSEN – Unser Schulbuffet“, das Schulbuffets bei der Umsetzung der Leitlinie begleitet und dabei ausdrücklich auch Fragen der wirtschaftlichen Umsetzbarkeit berücksichtigt.

Ziel des vorliegenden Antrags ist daher nicht die Einführung zusätzlicher Verpflichtungen für Schulen, sondern die Prüfung, wie bestehende Unterstützungsangebote besser genutzt und Schulen bei der Erreichung gesundheitsförderlicher Standards begleitet werden können, ohne ihnen wirtschaftliche Nachteile entstehen zu lassen.

Es wird folgender

ANTRAG

gestellt:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, wie Schulen im Zuständigkeitsbereich der Stadt Graz bei der Umsetzung der Empfehlungen für gesundheitsförderliche Schulbuffets und Automatenangebote unterstützt werden können. Dabei sollen insbesondere bestehende Beratungs-, Vernetzungs- und Förderangebote erhoben sowie Möglichkeiten einer verstärkten Unterstützung durch die zuständigen städtischen Abteilungen dargestellt werden. Die Ergebnisse sind dem Gemeinderat vorzulegen.

Freigaben / Unterschriften:

Christopher Fröch, MA, BSc (KPÖ)

Selbständiger Antrag (§ 17 GO-GR)

Fraktion:
KPÖ

Antragsteller:in(nen): Christopher Fröch, MA, BSc (KPÖ)

Datum:
18.06.2026

Hitze-Kataster für Grazer Schulen

Die Auswirkungen der Klimakrise werden auch im Schulalltag immer stärker spürbar. Hitzewellen treten häufiger auf, dauern länger an und führen dazu, dass sich Schulgebäude und Klassenräume zunehmend aufheizen.

Aktuelle Forschungsergebnisse aus Österreich zeigen, dass hohe Temperaturen in Schulen die Konzentrationsfähigkeit beeinträchtigen und von Schüler:innen sowie Lehrkräften als erhebliche Belastung wahrgenommen werden. Hitze wirkt sich damit nicht nur auf das Wohlbefinden, sondern auch auf die Lern- und Arbeitsbedingungen aus.

Als Schulerhalterin trägt die Stadt Graz Verantwortung für die Gebäude und die baulichen Rahmenbedingungen an ihren Schulstandorten. Um Investitionen in Beschattung, Begrünung, Lüftung oder andere Maßnahmen gezielt dort setzen zu können, wo der Bedarf am größten ist, braucht es zunächst eine fundierte Datengrundlage.

Ein Hitze-Kataster würde erstmals einen systematischen Überblick darüber schaffen, welche Schulen und Klassenräume besonders von Überhitzung betroffen sind. Gleichzeitig würde es ermöglichen, zukünftige Maßnahmen nachvollziehbar zu priorisieren und die Anpassung der städtischen Bildungsinfrastruktur an die Folgen der Klimakrise strategisch zu planen.

Gerade weil Kinder und Jugendliche einen großen Teil ihres Tages in Schulen verbringen, ist ein wirksamer Schutz vor Hitze auch eine Frage der Gesundheitsvorsorge und der Chancengerechtigkeit. Wir wissen heute sehr genau, welche Straßen und Plätze im Sommer besonders heiß werden. Wir sollten genauso wissen, in welchen Klassenräumen Grazer Kinder bei 30 Grad und mehr lernen müssen.

Es wird folgender

ANTRAG

gestellt:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, für die von der Stadt Graz als Schulerhalterin betreuten Schulen ein Hitze-Kataster zu erstellen. Ziel ist die Erfassung und Darstellung jener Schulstandorte und Klassenräume, die während Hitzeperioden besonders stark von hohen Raumtemperaturen betroffen sind. Darüber hinaus sollen mögliche Maßnahmen zur Verbesserung des sommerlichen Wärmeschutzes erhoben und dargestellt werden. Die Ergebnisse sind dem Gemeinderat vorzulegen.

Freigaben / Unterschriften:

Christopher Fröch, MA, BSc (KPÖ)

Selbständiger Antrag (§ 17 GO-GR)

Fraktion:
KPÖ

Antragsteller:in(nen): GR Christine Braunersreuther (KPÖ)

Datum:
18.06.2026

Graz Gutschein auch für Bühnen Graz

Die Graz-Gutscheine sind als Geschenksidee wie als Anreiz zum regionalen Einkaufen gleichermaßen beliebt. Auch die hohe Zahl der Partnerbetriebe zum Einkauf von Lebensmitteln aber auch für Freizeitaktivitäten ist hoch. Lediglich eine Kategorie fehlt im Angebot – nämlich die Kultur. Obwohl die Kultur so viel zu regionaler Wertschöpfung beiträgt. Es wäre wünschenswert, wenn der Graz-Gutschein auch bei den Bühnen Graz eingelöst werden könnte.

Es wird folgender

ANTRAG

gestellt:

Kulturstadträtin Claudia Unger wird ersucht Gespräche mit den Bühnen Graz, dem Graz Museum und anderen Stakeholdern zu führen, mit dem Ziel, dass diese Kultureinrichtungen Partnerbetrieb des Graz-Gutscheins werden.

Freigaben / Unterschriften:

GR Christine Braunersreuther (KPÖ)

Dringlicher Antrag (§ 18 GO-GR)

Antragsteller:in(nen): GR Thomas Horst Alic (KPÖ)

Für eine ÖBB-Betriebsführungszentrale in Graz

Plänen der ÖBB zufolge soll die Fahrdienstleitung am Grazer Hauptbahnhof aufgelassen werden und die Bediensteten nach Villach übersiedeln. Für Graz würde das einen Rückschritt bedeuten. Die Weichen für die Zentralisierung wurden schon vor Jahren gestellt. Am Ende, so der Plan, sollen nur noch fünf Betriebsführungszentralen (BFZ) in Wien, Innsbruck, Salzburg, Linz und Villach übrigbleiben. Der gesamte Zugverkehr im Süden Österreichs, vom Mürztal bis Osttirol, soll dann von Villach aus geleitet werden.

Gewisse Entwicklungen waren zum Zeitpunkt der Entscheidung noch nicht absehbar, wie beispielsweise die Übernahme der GKB, der massive Ausbau des Cargo Centers oder die Zunahme der Fahrgastzahlen nicht nur durch den Koralmtunnel, sondern auch durch die Einführung des KlimaTickets.

Nachdem sich Mitarbeiter:innen an Bürgermeisterin Elke Kahr und andere Entscheidungsträger:innen gewandt haben, hat sie einen Brief an ÖBB-Vorstandsdirektor Mag. Andreas Matthä und Vorstand Dr. Johann Pluy gerichtet.

Grundsätzlich ist das Konzept moderner Betriebsführungszentralen nachvollziehbar und aus Sicht der Systemsteuerung auch sinnvoll. Die positiven Effekte der Zentralisierung haben auch ihre Grenzen. Die Steuerungsaufgaben für praktisch den gesamten Zugverkehr in der Südregion müssen so durch die BLZ Villach bewältigt werden, wobei es sich um die größte und infrastrukturell komplexeste Region Österreichs mit Osttirol, Kärnten und der Steiermark handelt. Diese Region umfasst mehrere hundert Bahnhöfe und Haltestellen, zahlreiche Knotenpunkte, internationale Grenzverbindungen sowie dicht frequentierte Nah- und Fernverkehrsstrecken sowohl für den Personen- als auch für den Güterverkehr.

Eine Aufteilung dieser großen Region auf zwei Betriebsführungszentralen wäre unseres Erachtens eine deutlich nachhaltigere Lösung. Auch ein Blick ins Ausland zeigt, dass viele Bahnunternehmen mittlerweile wieder stärker auf regionale Strukturen setzen. Aus den Fehlern der Vergangenheit lernend setzt die Deutsche Bahn wieder auf einer Regionalisierung. Selbst im Bahnland Schweiz wird teilweise wieder stärker auf regionale Strukturen bei betrieblichen Steuerungsfunktionen gesetzt, um Flexibilität, Stabilität und Personalbindung zu fördern. Die derzeitige Strategie der Totalzentralisierung bei der ÖBB stellt so gesehen einen eher ungewöhnlichen Weg dar.

Hinzu kommt, dass die Steiermark selbst erhebliche Mittel in den öffentlichen Verkehr investiert. Über Verkehrsdienstverträge finanziert das Land jährlich einen großen Teil des regionalen Bahnverkehrs, insbesondere im Rahmen des steirischen S-Bahn-Systems. Gleichzeitig befinden sich in der Steiermark zahlreiche Eisenbahnunternehmen, und mit der Technischen Universität verfügt Graz über ein eigenes Institut für Eisenbahnwesen, Verkehrswirtschaft und Bahntechnik. Diese Kombination aus praktischer Erfahrung, wirtschaftlicher Bedeutung und wissenschaftlicher Kompetenz unterstreicht die Rolle der

Steiermark als wichtigen Bahnstandort, dem in den kommenden Jahrzehnten auch seitens der ÖBB erfreulicherweise durch zahlreiche beschlossene und geplante Bauprojekte, beginnend mit dem Semmeringtunnel über die Elektrifizierung der steirischen West- und Ostbahn, den zweigleisigen Ausbau der Strecke nach Spielfeld bis zum Neubau der Strecke Graz–Frohnleiten oder den Citytunnel Graz Rechnung getragen wird.

Leider geht Vorstand Dr. Pluy in seiner Antwort vom 3. Juni auf die konkret geäußerten Bedenken nicht ein. Sie enthält jedoch keine Begründung dafür, warum Graz im Gegensatz zu diesen Städten nicht als Standort einer Betriebsführungszentrale vorgesehen ist/war. Sie liefert auch keine konkrete Erklärung, warum die gesamte Südregion von Villach aus effizienter gesteuert werden kann als durch eine Aufteilung der Aufgaben auf zwei Standorte. In ihrem Schreiben hat die Bürgermeisterin argumentiert, dass zwei Betriebsführungszentralen die Belastung verteilen, die Ausfallsicherheit erhöhen und eine stärkere regionale Verankerung gewährleisten könnten. Die ÖBB legt jedoch nicht dar, ob ein solches Modell geprüft wurde, welche Vor- oder Nachteile es hätte oder aus welchen Gründen es verworfen wurde.

Auf den Hinweis der Regionalisierung sowohl in Deutschland als auch der Schweiz wird in der Antwort nicht eingegangen. Stattdessen wird lediglich auf positive Erfahrungen mit bestehenden österreichischen Betriebsführungszentralen verwiesen. Damit wird jedoch die Frage nicht beantwortet, ob die österreichische Strategie im internationalen Vergleich tatsächlich der sinnvollste Weg ist.

Darüber hinaus bleibt die Frage der Ausfallsicherheit weitgehend unbeantwortet. Zwar wird auf die Krisenfestigkeit moderner Betriebsführungszentralen verwiesen, jedoch nicht erläutert, welche konkreten Sicherheits- und Redundanzkonzepte für den Fall eines Ausfalls der BFZ Villach vorgesehen sind. Ebenso wird nicht erklärt, weshalb ein Modell mit zwei Standorten nicht möglicherweise robuster wäre.

Für uns in Graz sollte jedenfalls auch die Frage nach dem Verlust von Arbeitsplätzen bzw. dass die ÖBB für den steirischen Arbeitsmarkt dadurch unattraktiv wird von Bedeutung sein. Hier müssen wir vor allem den allgemeinen Personalmangel berücksichtigen. Hervorzuheben ist dabei der Umstand, dass nur ein einziger Mitarbeiter aus dem Elektronischen Stellwerk Graz nach Villach wechseln wird.

Grundsätzlich wäre es wünschenswert, dass die ÖBB strategisch so flexibel wäre, ihre vor Jahrzehnten getroffene Entscheidung – also zu einem Zeitpunkt, an dem die geschilderten Entwicklungen und deren Tragweite nicht oder nur bedingt absehbar waren –, überdenkt und ihre Strategie so anpasst, dass es zumindest an größeren Bahnhöfen weiterhin qualifiziertes Personal vor Ort gibt.

Es wird folgender

ANTRAG

gestellt:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz ersucht den Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur auf dem Petitionswege, als Eigentümervertreter der Republik bei den ÖBB auf eine Adaptierung der Betriebsführungsstrategie hinzuwirken, sodass darin auch eine Betriebsführungszentrale in Graz vorgesehen ist.

Freigaben / Unterschriften:

GR Thomas Horst Alic (KPÖ)